

STADT EBERSWALDE
Der Bürgermeister



DB/Vorlage Nr. **I/0040/2024**

Datum: 21.02.2024

zur Behandlung in Sitzung:
- öffentlich -

Einreicher/zuständige Dienststelle:
Antikorruptionsstelle

**Betrifft: Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsstelle der Stadtverwaltung Eberswalde
für die Jahre 2022 und 2023**

Beratungsfolge:

Rechnungsprüfungsausschuss	19.03.2024	Kenntnisnahme
Stadtverordnetenversammlung	21.03.2024	Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsstelle der Stadtverwaltung Eberswalde für die Jahre 2022 und 2023 zur Kenntnis.

Götz Herrmann
Bürgermeister

Anlage:

Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsstelle der Stadtverwaltung Eberswalde
für die Jahre 2022 und 2023

Finanzielle Auswirkungen:					☐ ja ☒ nein
a) Ergebnishaushalt:					
Haushalts-jahr	Ertrag/Aufwand	Produkt-gruppe	Sachkonto	Planansatz gesamt	aktueller Ertrag bzw. Aufwand
				€	€
				€	€
				€	€
				€	€
b) Finanzhaushalt: (für Investitionen Maßnahmennummer:)					
Haushalts-jahr	Einzahlung/ Auszahlung	Produkt-gruppe	Sachkonto	Planansatz gesamt	aktuelle Ein- bzw. Auszahlung
				€	€
				€	€
				€	€
Wirtschaftlichkeitsberechnung liegt als Anlage bei:					☐ ja ☒ nicht erforderlich
Erläuterung:					
Abstimmung mit dem Klimaschutzmanagement erfolgt:					☐ ja ☒ nicht erforderlich
Einschätzung der Auswirkung auf das Klima:					☐ positiv ☒ neutral ☐ negativ
Abstimmung mit Behindertenbeauftragter erfolgt:					☐ ja ☒ nicht erforderlich
Mitzeichnung Antikorruptionsstelle:		Mitzeichnung Kämmerer/in:		Mitzeichnung Dezernent/in:	

Sachverhaltsdarstellung:

Die Mitglieder der Antikorruptionsstelle fertigen nach Ablauf eines Kalenderjahres jeweils einen Tätigkeitsbericht an.

Dieser Bericht wird allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben.

Darstellung der Berücksichtigung von Klimaschutzbelangen:

Der Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsstelle für die Jahre 2022 und 2023 tangiert die Belange des Klimaschutzes in keinerlei Hinsicht, daher findet keine Darstellung der Berücksichtigung von Klimaschutzbelangen statt.